Süddeutsche Zeitung

Jahreswechsel 07/08

Eine Beilage der Süddeutschen Zeitung

2007 – Weltweiter Klimawandel • Aufschwung in Deutschland • Streit ums Rauchverbot • VfB Stuttgart deutscher Fußballmeister • G-8-Gipfel in Heiligendamm • Rückkehr der Vogelgrippe • Stoibers Rückzug • Streik bei der Bahn • Doping im Radsport • Waldbrände • Umstrittener Transrapid • Münteferings Abschied • Deutsche Handballweltmeister • Deutsche Fußballweltmeisterinnen • Luciano Pavarotti gestorben • Knuddelbär Knut • Pisa-Studie • Halbzeit der Großen Koalition • Bankenkrise • Letzter Band von Harry Potter • Zwei Nobelpreise für Deutschland • Mindestlöhne • **2008** – Bushs letztes Amtsjahr • Putins neuer Posten • Landtagswahlen • Fußball-Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz • Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten • Olympische Spiele in Peking • Weltweiter Klimawandel

Illustration: Martin Haake

Katzenjammer, ein Lieblingsfeind und Woodstock an der Ostsee

Von Kurt Kister

Nein, dies war kein vergnügliches Jahr. 2006 noch gaben sich viele Deutsche einem wunderbaren Sommer und der schwarz-rot-goldenen Fröhlichkeit der Fußball-WM hin. Es wurde über ein neues, lockeres, optimistisches Deutschland schwadroniert. Dann aber kam 2007, das Jahr des Katzenjammers: Klimakatastrophe, steigende Preise, gierige Manager, Streiks bei Bahn und Telekom, vernachlässigte Kinder, verarmende Rentner, gewalttätige Jugendliche. Manchmal konnte man den Eindruck haben, es sei gar nichts mehr richtig in diesem Land, und jene seltsamen Bettgenossen von der *Bild*-Zeitung bis zur neuen Partei Die Linke, die alles Schlechte besonders laut verkünden, genossen große Aufmerksamkeit.

Das globale Thema war der Klimawandel. Die Wissenschaft erklärte, keineswegs zum ersten Mal, dass zu viele Menschen auf der Erde mit zu vielen Emissionen unsere Lebensgrundlagen ernsthaft gefährden. Angela Merkel machte den Klimawandel zu einem zentralen Thema ihrer Politik. Beim G-8-Gipfel in Heiligendamm verabredeten die Staatschefs eine Klimastrategie, während sie von Zehntausenden Demonstranten belagert wurden. Merkel feierte den Gipfel als Durchbruch; für das Selbstverständnis der Protestlinken dagegen war Heiligendamm eine Art Woodstock an der Ostsee. Zum Jahresende bei der Klimakonferenz auf Bali war vom angeblichen Durchbruch von Heiligendamm nicht mehr viel zu spüren. Es wird neue, lange Verhandlungen geben. Auch sie werden nicht von der Einsicht aller wegen der Bedrohung aller gekennzeichnet sein, sondern von Partikularinteressen der Schwellenländer, von ökonomischer Ideologie der USA, vom lächelnden Desinteresse vieler anderer.

Die Amerikaner standen auch in Bali wieder da als der Lieblingsfeind des Rests der Welt. George W. Bush wird als jener US-Präsident in die Geschichte eingehen, der die USA so unbeliebt, ja in weiten Teilen der Welt so verhasst gemacht hat wie keiner seiner Amtsvorgänger in den vergangenen Jahrzehnten. Der Irak ist immer noch ein blutiges Desaster, und im Umgang mit Teheran schwankt Washington zwischen Kriegsgeschrei und Geheimdienst-Peinlichkeiten. Rund um den Globus stilisieren sich Staatschefs, von denen manche höchst unsauberer demokratischer Provenienz sind, als Gegenmodelle zum Herrn im Weißen Haus. Dies gilt für die Südamerikaner Hugo Chávez und Evo Morales, aber auch für Irans Mahmud Ahmadinedschad und sogar für Russlands Wladimir Putin. Letzterer wird 2008 weiterregieren, obwohl er dann zwei Amtsperioden als Präsident hinter sich hat. Er hat in einem lupenreinen Taschenspielertrick seinen Vertrauten Medwedjew zum Präsidentenkandidaten und der wiederum Putin zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten ausgerufen. Dieselben Herren, nur andere Ämter. Die einen nennen es Stabilität, die anderen Erstarrung.

In Deutschland schleppt sich die Große Koalition von Erfolg zu Erfolg: Die Arbeitslosenzahl ist so niedrig wie schon lange nicht mehr, die Steuereinnahmen sprudeln, die Staatsverschuldung geht zurück. In der EU kam, unter erheblicher Geburtshilfe der deutschen Ratspräsidentschaft, nun doch noch der Reformvertrag von Lissabon zustande. Dies alles aber führt keineswegs dazu, dass diese Regierung in Deutschland in hohem Ansehen stünde. Im Gegenteil.

Zwar sind die Kanzlerin und ihr SPD-Vizekanzler Steinmeier sehr populär. Das Gebilde aber, dem die beiden vorstehen, die Bundesregierung also, wird als ein notwendiges Übel gesehen, als unangenehmer Übergang in eine ungewisse Zukunft. Unter den Ministern gibt es kompetente Selbstdarsteller, die jeder und jede einen Typus verkörpern: die moderne, berufstätige Frau von der Leyen; der intellektuelle Kassandrist Schäuble; der kundige, herablassende Staats-CEO Steinbrück. Andere sitzen nur am Regierungstisch, weil sie einen Proporz verkörpern (Jung, Glos, Tiefensee).

Einen gibt es nicht mehr im Kabinett, und das ist ausgerechnet der, der am ehesten für das schwierige, aus der Not geborene Bündnis von Schwarz und Rot stand: Franz Müntefering. Er zog sich zurück, um seiner Frau in schwerer Krankheit Beistand zu leisten. Ein nobles Motiv, das von den üblichen Verdächtigen zwischen Café Einstein und Talkshow-Studio sofort angezweifelt wurde. Münteferings Streit mit SPD-Chef Beck über das Arbeitslosengeld beschäftigte die Partei mehr als die Nation. Auf dem Hamburger Parteitag führte die SPD ihren Vorsitzenden nach links. Die Union reklamierte wieder einmal die Mitte für sich. In den Umfragen liegt sie deutlich besser als die SPD. Weil sich zwischen FDP, Grünen und der Linken die Gräben vertieft und sich Ampel-Phantasien damit verflüchtigt haben, mag die Große Koalition, horribile dictu, zum Zukunftsmodell werden.

Inhalt

Landkarte ohne Wege Nie zuvor hat die Erderwärmung mehr Schlagzeilen produziert. Von Michael Bauchmüller ...... **Seite 2**

Der Kampf um das Weiße Haus Amerika wählt 2008 einen neuen Präsidenten. Von Christian Wernicke .... **Seite 4**

Gerangel um den zweiten Platz Die Union bastelt an einem neuen Machtgefüge. Von Peter Fahrenholz .... **Seite 6**

Wohlgefühl nicht für alle Der Aufschwung ist da, doch der Umbau der Industrienation stockt. Von Marc Beise ..... **Seite 8**

Ein Tsunami beendet die Nullzins-Party US-Immobilienkrise wird zum Desaster der Banken. Von Martin Hesse .... **Seite 9**

Thriller der Begegnungen Deutsche Regisseure und ihre Versuche in Hollywood. Von Fritz Göttler .... **Seite 15**

Genie im Generationenloch Der Fußballer Bernd Schneider wird noch immer verkannt. Von Philipp Selldorf .... **Seite 17**

Blüten, keine Beete Nobelpreise in Physik und Chemie für zwei deutsche Forscher. Von Patrick Illinger .... **Seite 18**

Verschwunden, verhungert, ermordet Das Land diskutiert über vernachlässigte Kinder. Von Ralf Wiegand .... **Seite 19**

Das unzerstörbare Bündnis

Seit Union und SPD sich die Macht teilen, wird der Koalition ein baldiges Ende prophezeit – doch sie regiert und regiert und regiert . . .

Von Nico Fried

Die Große Koalition, die seit 2005 in Deutschland regiert, dürfte es eigentlich längst nicht mehr geben. Von Beginn an lag über diesem Zweckbündnis weniger der Odem des Lebens als der Hauch des Todes. Mit Streitereien, Beschimpfungen und Drohgebärden animierten die Koalitionäre höchstselbst ihre Beobachter zu immer neuen Spekulationen und Voraussagen über das nahende Ende von Schwarz-Rot. Trotzdem hat die Koalition auch 2007 regiert, und sie wird wohl auch das Jahr 2008 überleben und womöglich auch 2009 usw. . . Die Große Koalition ähnelt immer mehr der alten Karre vor dem Haus: Sieht nicht schön aus, macht Krach – aber fährt.

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel wäre 2007 wohl eines der besten Jahre ihrer politischen Laufbahn gewesen – wenn es denn schon zwei Monate früher geendet hätte. Ihr außenpolitischer Ruhm, der dank blendender Präsentation noch größer erschien als ihre wirklichen Verdienste, färbte bis spät in den Herbst auch ihre Popularitätswerte zu Hause zartrosa ein. Ausweislich der Umfragen gefielen sich die Deutschen in einer merkwürdigen Unterscheidung der Kanzlerin, der sie große Sympathie gewährten, und ihrer Regierung, der sie nur sehr begrenztes Vertrauen entgegenbrachten. Erst gegen Ende des Jahres dämmerte vielen, dass zwischen beiden Teilen ein Zusammenhang besteht. Vor allem beim überaus populären Thema Mindestlohn wurde Merkel von der SPD gnadenlos in die Niederungen der Innenpolitik gezogen, wo es ihr sichtlich schwerfiel, die Orientierung zu behalten, geschweige denn Führung zu zeigen.

So kam es auch, dass Merkels Bild in diesem Jahr letztlich ambivalent ausfiel. Einerseits versteht es die Kanzlerin glänzend, sich bei eher abstrakten Themen wie dem Klimaschutz oder der europäischen Einigung als konsequente Überzeugungstäterin zu inszenieren, umso mehr, wenn sie sich als Sachwalterin einer breiten öffentlichen Stimmung sehen darf, an deren Entstehen sie selbst zuvor maßgeblich mitgewirkt hat. Ihre Kommunikation kann dann sehr stringent sein, ihre Argumentation klar. Da weiß sie, was sie will, und der Zuhörer weiß es auch.

Genau diese Eindeutigkeit fehlt ihr andererseits, wenn vor allem innenpolitische Konflikte schwer überschaubar werden, wenn sie nicht treibt, sondern getrieben wird. Dann verliert sich Merkel öffentlich in Floskeln, aus denen allenfalls hervorgeht, was sie nicht will – oder sie taucht ganz ab. Bis hinein in die eigenen Reihen wächst mittlerweile die Ungewissheit über Merkels Kurs. Auf dem jüngsten CDU-Parteitag in Hannover, der als Hochamt der Harmonie begangen wurde, fehlten Diskussionen über umstrittene Themen fast völlig. Kaum aber war der Konvent vorbei, brachen die Konflikte auf und konnten von der Parteivorsitzenden nicht gelöst, nicht moderiert, sondern gerade noch ins nächste Jahr vertagt werden. Es war ein Parteitag, der erst so richtig begann, als er formal schon zu Ende war. In Erinnerung geblieben ist, dass die CDU „Die Mitte“ zu sein behauptet, aber Merkel nicht nur Mühe hat, diesen Begriff zu definieren, sondern auch, die vielen Kräfte ihrer Partei links und rechts davon zu zügeln.

Am gemeinsamen Regieren in gegenseitiger Abneigung wird sich wenig ändern

Diese Schwäche einer lange Zeit in andere Sphären entschwebten Kanzlerin konnte sich der Koalitionspartner nach langem Anlauf letztlich zumindest ein wenig zunutze machen. Für Kurt Beck, Merkels wichtigsten Partner und zugleich größten Widersacher, verlief das Jahr insofern genau umgekehrt: Missmutig und kleinlich verfolgte der SPD-Chef über Monate hinweg Merkels gelungene Auftritte als EU- und G-8-Präsidentin, inszenierte sich selbst als Opposition in der Regierung und steigerte so wider die eigene Absicht eher noch das Ansehen der Kanzlerin. Zudem musste Kurt Beck einen Gutteil seiner Zeit darauf verwenden, die eigene Position in der SPD abzusichern. Das ist ihm gelungen – zu einem hohen Preis. Die Versöhnung seiner Partei mit der Politik der Agenda 2010 wurde zum Machtkampf mit Vizekanzler Franz Müntefering, die von Beck selbst ausgewählten Stellvertreter Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier degradierte er selbst noch vor ihrer Bestätigung auf dem Parteitag vorerst zu Erfüllungsgehilfen für seine eigenen Ambitionen.

Beck hat 2007 an Statur gewonnen, auch weil er sich in bemerkenswerter Weise von schlechter Presse und schlechten Umfragen nicht aus dem Tritt bringen ließ. Nach dem Rücktritt von Vizekanzler und Arbeitsminister Franz Müntefering aus persönlichen Gründen ist der Parteivorsitzende ohne echten Widersacher. Die Arbeitsteilung zwischen Regierungs-SPD und dem Rest der Partei ist einstweilen zugunsten des Vorsitzenden entschieden, der ganz bewusst dem Kabinett ferngeblieben ist, um von Merkel nicht in die Disziplin des Regierungsalltags genommen zu werden. Aber wie stark Beck wirklich ist, wird sich erst 2008 erweisen. Noch enthält seine Politik vor allem viele Versprechen: vom Kampf gegen zu hohe Managergehälter, mehr Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung bis hin zum Mindestlohn und dem Verfassungsrang für Kinderrechte. Es ist eine Politik, die Schutz und Fürsorge für verunsicherte Menschen suggeriert, ohne die Leistungsträger verschrecken zu wollen. Sie bedient ein gesellschaftliches Gefühl der Ungerechtigkeit, muss aber den Beweis erst noch erbringen, Schaden mindern zu können, ohne neuen Schaden anzurichten. Bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg kann Beck darauf hoffen, in seinem Kurs bestätigt zu werden und Zuwächse bejubeln zu dürfen, allein schon weil die Ergebnisse der SPD bei den jüngsten Wahlen in allen drei Ländern so schlecht waren, dass sie schlechter eigentlich nicht mehr ausfallen können.

Der große Unterschied zwischen Merkel und Beck in der öffentlichen Wahrnehmung – sie da oben, er da unten – hat der Koalition zuletzt nicht gutgetan. Zu sehr wurden die gemeinsamen Projekte vom Zwang zur Profilierung in den eigenen Reihen dominiert. Union und Sozialdemokraten gönnen sich jeweils zu wenig. Und es wird wohl immer weniger. 2008 rückt die nächste Bundestagswahl allmählich bedrohlich nahe, sodass sich am gemeinsamen Regieren in gegenseitiger Abneigung wenig ändern wird. Dass die alte Karre Koalition allerdings vorzeitig liegenbleibt, erscheint eher unwahrscheinlich. Sie spotzt und kracht und stinkt und knattert – aber sie fährt.

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de
jpilgram
SZ20071229S995421

Das war 2007 (Januar-Februar)

1.1. Das neue Jahr beginnt für die Bundesbürger mit einer der größten Steuererhöhungen der Geschichte. Der **Mehrwertsteuersatz** steigt von 16 auf 19 Prozent.

1.1. Deutschland übernimmt für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. **Rumänien und Bulgarien treten der EU bei**, die nun 27 Staaten umfasst. Das EU-Mitglied Slowenien führt als dreizehntes Land den Euro ein.

4.1. In Washington tritt der teilweise neugewählte **US-Kongress** zusammen. Bei der Abstimmung hatten die **Demokraten** nach zwölf Jahren wieder die Mehrheit im Abgeordnetenhaus erzielt, im Senat liegen sie mit Hilfe von zwei unabhängigen Kandidaten mit 51 zu 49 Sitzen vorn.

7.1. Kurz vor der Amtseinführung erklärt der neue **Warschauer Erzbischof** Stanislaw Wielgus seinen Rücktritt. Zwei Tage zuvor hatte der 67-Jährige enge Kontakte zum früheren kommunistischen Geheimdienst eingeräumt.

11.1. In Wien wird die neue Regierung aus SPÖ und ÖVP vereidigt. Neuer Kanzler wird der Sozialdemokrat **Alfred Gusenbauer**, Vizekanzler und Finanzminister ist Wilhelm Molterer (ÖVP). Die SPÖ hatte die Wahlen im Oktober 2006 gewonnen.

17.1./18.1. Vor dem Verteidigungsausschuss und dem BND-Untersuchungsausschuss des Bundestags berichtet der ehemalige **Guantanamo-Häftling Murat Kurnaz** von den Foltermethoden der Amerikaner. Der Deutsch-Türke war Ende 2001 in Pakistan unter Terrorverdacht

festgenommen worden und erst im August 2006 nach Deutschland zurückgekehrt. Stets gab es Vorwürfe, die Bundesregierung habe seine Rückkehr blockiert.

18.1. Das **Sturmtief** *Kyrill* richtet in ganz Europa massive Schäden an. In Deutschland sterben elf Menschen, in Europa insgesamt mehr als 40. In Deutschland stellt die Bahn den Zugverkehr weitgehend ein.

18.1. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender **Edmund Stoiber kündigt seinen Rücktritt für Ende September an**. Er zieht so die Konsequenz aus einer seit Wochen dauernden Führungskrise. Diese war nicht zuletzt durch die Fürther Landrätin Gabriele Pauli ausgelöst worden, die der Staatskanzlei vorgeworfen hatte, ihr Privatleben auszuspionieren.

19.1. In Istanbul wird der **türkisch-armenische Journalist Hrant Dink ermordet**. Der Herausgeber der Wochenzeitung *Agos* sah sich seit langer Zeit nationalistischen Anfeindungen ausgesetzt. Der Anschlag löst europaweit Empörung aus.

19.1. Sieben Monate nach der Wahl in Tschechien **gelingt in Prag die Regierungsbildung**. Eine Drei-Parteienkoalition unter Führung des Konservativen Mirek Topolanek gewinnt knapp eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Die Wahl hatte mit einem Patt zwischen den Mitte-rechts-Parteien und den Linken geendet.

20.1. Die Senatorin und Frau des früheren Präsidenten, **Hillary Clinton**, gibt ihre Kandidatur für die **US-Präsidentschaftswahl** im November 2008 bekannt. Die Demokratin konkurriert in ihrer Partei vor allem mit dem afroamerikanischen Senator Barack Obama und Senator John Edwards.

25.1. Das Landgericht Braunschweig verurteilt den früheren VW-Personalvorstand **Peter Hartz wegen Untreue und Begünstigung** zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 576 000 Euro. Der ehemalige Spitzenmanager hatte gestanden, den Ex-VW-Betriebsratschef Klaus Volkert mit Sonderboni in Millionenhöhe „gekauft" zu haben.

31.1. Das Parlament von Venezuela erteilt dem Staatspräsidenten **Hugo Chávez** Sondervollmachten zur Einführung des Sozialismus als Staatsform. Am 26.2. unterzeichnet der Linksnationalist ein **Dekret zur Verstaatlichung der Ölindustrie**.

2.2. Nach monatelangem Streit beschließt der Bundestag die **Gesundheitsreform**. Kernpunkt des wichtigsten Reformprojekts der Großen Koalition ist die Einführung eines Gesundheitsfonds in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Reform tritt am 1.4. in Kraft – zentrale Punkte werden allerdings erst 2009 umgesetzt.

2.2. Nach einem Bericht des UN-Klimarats IPCC steht der Erde **eine „beispiellose" Klimaerwärmung** bevor. Die Experten prognostizieren bis Ende des Jahrhunderts einen Temperaturanstieg von bis zu 6,4 Grad Celsius.

4.2. Im Finale in Köln bezwingt die **deutsche Handballnatio-**

nalmannschaft das Team aus Polen mit 29:24 und wird zum dritten Mal Weltmeister.

5.2. Die Intendanten der ARD-Sender beschließen, dass die Tagesthemen-Moderatorin **Anne Will** die Talk-Sendung von **Sabine Christiansen** am Sonntagabend übernehmen wird. Zuvor hatte RTL-Moderator **Günther Jauch** abgesagt. Die erste Anne-Will-Runde läuft am 16.9.

5.2. In einem **China-Restaurant in Sittensen**/Niedersachsen werden sieben Menschen erschossen, nur ein Kleinkind überlebt das Massaker. Die Polizei ermittelt mehrere Vietnamesen als Tatverdächtige, die offenbar einen Raubüberfall geplant hatten. Der Prozess beginnt am 11.9.

6.2. Im Irak werden wieder **deutsche Staatsbürger entführt**. Es handelt sich um eine Deutsch-Irakerin und ihren Sohn, die seit vielen Jahren in dem Land leben. Die 62 Jahre alte Frau wird am 10.7. freigelassen.

12.2. Das Oberlandesgericht Stuttgart entscheidet, die **ehemalige RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt** am 27.3. nach 24 Jahren auf Bewährung aus dem Gefängnis zu entlassen.

17.2. Bei den Internationalen Filmfestspielen in Berlin gewinnt der chinesische Film „Tuyas Hochzeit" den Goldenen Bären. Einen **Silbernen Bären** erhält die Schauspielerin **Nina Hoss** für ihre Rolle in „Yella".

20.2. Die australische Regierung beschließt, dass von 2010 an nur noch **Energiesparlampen** verkauft werden dürfen. Die klassische Glühbirne soll als Beitrag zum Klimaschutz bis 2015 komplett vom Markt verschwinden.

24.2. In einer Kleingartenanlage bei Leipzig wird der seit zwei Tagen vermisste **neunjährige Mitja H. tot aufgefunden**. Der Schüler wurde missbraucht und danach erstickt. Am 21.3. wird der mutmaßliche Täter festgenommen. Am 11.9. wird er zu lebenslanger Haft verurteilt.

25.2. Das deutsche Stasi-Drama **„Das Leben der Anderen"** von Florian Henckel von Donners-

marck wird mit dem **Oscar** für den besten nicht-englischsprachigen Film ausgezeichnet. Großer Gewinner ist US-Regisseur Martin Scorsese (Foto), der für „Departed" die zwei Top-Ehrungen (Bester Film, Beste Regie) erhält.

26.2. Der Radsportprofi **Jan Ullrich gibt das Ende seiner Karriere bekannt**. Er ist dringend verdächtig, in den Dopingskandal um den spanischen Arzt Eufemiano Fuentes verwickelt zu sein. Er weist alle Dopingvorwürfe zurück.

28.2. Airbus-Chef Louis Gallois gibt bekannt, im Rahmen des **Sanierungsprogramms „Power 8"** europaweit etwa 10 000 Stellen abbauen zu wollen. Auch von Werkschließungen ist die Rede.

Fotos: AP, dpa, ddp

Ungleiches Kräfteverhältnis: Eine einsames Windrad dreht sich vor dem Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in Brandenburg. Die Bundesregierung will weiterhin auf solche Kohlekraftwerke setzen, doch auch regenerative Energien sollen stärker gefördert werden. Foto: ddp

Eine Landkarte ohne Wege aus der Klimafalle

Nie zuvor hat die globale Erwärmung so viele Schlagzeilen produziert wie 2007. Ob dem Klima die Konferenz in Bali genützt hat, wird sich frühestens in zwei Jahren zeigen, die Hauptarbeit haben Industriestaaten und Schwellenländer noch vor sich

Von Michael Bauchmüller

Das Jahr begann mit Orientierungslosigkeit und endete mit einer Landkarte, einer sehr groben Landkarte. Nie zuvor war die Angst vor den Folgen der Erderwärmung so gegenwärtig wie 2007. Und immerhin sieht es so aus, als hätte die Welt den Kampf noch nicht aufgegeben.

Noch zu Anfang des Jahres war die Lage düster. Gerade war in Nairobi wieder eine der vielen Klimakonferenzen auseinandergegangen, sie hatte nichts als Fragen aufgeworfen. Heillos hatten sich die Staaten in den Paragraphen des multilateralen Klimaschutzes verheddert. Dann kam die Wissenschaft. Dreimal haben die Forscher des Weltklimarats 2007 neue Berichte vorgelegt. Dreimal rückte die Erderwärmung um Jahre näher. Erst sammelten sie Erkenntnisse über den Klimawandel schlechthin. Ergebnis: Die Erwärmung hat sich nicht abgeschwächt, sie hat sich beschleunigt. Dann untersuchten sie die Folgen für den Menschen. Ergebnis: Kein Land der Erde wird verschont bleiben, auch Deutschland nicht. Am härtesten trifft es die Armen, die Bewohner der Küstenstriche Afrikas und Südostasiens, Bauern, deren Felder wahlweise trockenfallen oder überschwemmt werden. Und schließlich eruierte der Klimarat die Kosten einer Klimakatastrophe. Ergebnis: Nichts ist günstiger als der Klimaschutz, nichts teurer als Nichtstun. „Je schärfer wir reagieren, desto kleiner sind die Folgen", betonte Rajendra Pachauri, Chef des Weltklimarats und als solcher inzwischen Friedensnobelpreisträger. „Viel Zeit haben wir nicht."

Es mag eine glückliche Fügung gewesen sein, dass die Physikerin Angela Merkel sowohl den EU-Staaten als auch dem Industrieländer-Club G 8 vorsaß, als die Alarmglocken am lautesten schrillten. Erst durchschlugen die Europäer das altbekannte Prinzip des Klimaschutzes. Anstatt zu warten, dass der jeweils andere vorangeht, beschlossen die EU-Länder im Frühjahr ehrgeizige Klimaschutz-Ziele bis 2020. Derart gestärkt, preschten sie auch auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm vor – und rangen dem Klimablockierer USA ein Bekenntnis zu einem neuen internationalen Abkommen ab.

Keine sechs Monate später trafen die Staaten auf der indonesischen Ferieninsel Bali wieder zusammen. In einem streng abgeriegelten Feriendorf berieten sie zwei Wochen lang über die Zukunft des Klimaschutzes. „Wir werden offen sein, flexibel, und wir werden genau zuhören", hatte US-Chefunterhändlerin Paula Dobriansky vor der Konferenz gesagt. Es war die Devise von ganz oben. Am Ende wird eben diese Flexibilität gefordert sein, denn wieder drohen die Amerikaner, den internationalen Klimaschutz zu blockieren. Nur reagieren sie diesmal anders. „Wir haben sehr gut zugehört", sagte Dobriansky zum Schluss.

„Je schärfer wir reagieren, desto kleiner sind die Folgen", hofft der Chef des Weltklimarats

„Wir wollen vorwärts gehen, als Teil eines neuen Rahmens." Und ein indischer Delegierter sprach schließlich voller Begeisterung von einem gemeinsamen Geist, „den ich so noch nie erlebt habe".

Wer weiß, vielleicht wird dieser Schritt einmal als Beginn der Wende gelten. Die Staaten haben nun eine Landkarte, die „Bali-Roadmap". Sie soll binnen zweier Jahre in ein neues Klimaabkommen münden, soll von 2013 an den globalen Klimaschutz ganz neu organisieren, wenn das bisherige Kyoto-Abkommen endet. Aber die Roadmap, die Landkarte, gibt nur grobe Richtungen vor, Straßen sind nicht eingezeichnet. „Die eigentliche Arbeit liegt erst vor uns", sagt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Wohl wahr, denn alle harten Fragen liegen nun noch vor den Staaten. Um wie viel werden die Industrieländer ihre Emissionen mindern – und was leistet jedes einzelne Land? Welche Pflichten übernehmen Schwellenländer wie China und Indien? Wie viel Geld stellen die Reichen bereit, damit die Armen die ersten Folgen des Klimawandels bewältigen können? Jedes Thema kann die Verhandlungen platzen lassen. Auch in der Heimat wartet auf den Umweltminister einige Arbeit. Zwar hat die Bundesregierung – als erster Staat weltweit – 2007 ein Gesetzespaket zum Klimaschutz erlassen, das die deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um gut 30 Prozent senken soll. Doch eine Frage lässt es unbeantwortet: Wie sich nämlich der Bau vieler neuer Kohlekraftwerke auf lange Sicht mit dem Klimaschutz vereinbaren lässt. Der Widerstand gegen die Meiler wächst. Auch die Kritik am deutschen Atomausstieg wird mit schöner Regelmäßigkeit wieder hochkommen. Denn die Kernkraft produziert zwar alle möglichen Risiken, aber kaum Kohlendioxid.

2008 wird, wenn nicht Dürre, Flut und Stürme die Erde heimsuchen, ein ruhigeres Jahr für die Klimapolitik. Kein Weltklimarat wird tagen, kein Friedensnobelpreis an Klimakämpfer vergeben. Viel wichtiger für den Klimaschutz wird die US-Wahl. So viel ist seit 2007 klar: Wenn Washington es will, kann sich das Klima gewaltig wandeln – auch zum Besseren.

Vom Saulus zum Paulus – die Wandlung des Al Gore

Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat des Jahres 2000 erfindet sich selbst neu – als Berühmtheit glaubt er nun, mehr Einfluss im Kampf gegen die Erderwärmung nehmen zu können

„Ich bin kein Regierungsgesandter und ich bin nicht an diplomatische Höflichkeiten gebunden", sagte Al Gore bei der UN-Klimakonferenz im Dezember: „Ich werde die unbequeme Wahrheit beim Namen nennen: Mein eigenes Land, die USA, ist hauptverantwortlich für die Behinderung von Fortschritt hier in Bali." Wenig später gab die amerikanische Verhandlungsführerin entnervt ihren Widerstand auf. Die Ergebnisse von Bali mögen bescheiden gewesen sein, doch ohne Gore, ohne den Friedensnobelpreis, der ihm nur Tage vorher verliehen worden war und ohne diesen einen Satz wäre wohl nicht einmal das erreicht worden.

Die Klimakatastrophe ist damit nicht abgewendet, doch Gore hat erfolgreich bewiesen, dass er auf dem mutigen Weg, den er nach der Niederlage gegen George W. Bush am Ende der Präsidentenwahl des Jahres 2000 beschritt, Erfolg hat: als Aktivist auf eigene Rechnung, als Klimakämpfer ohne institutionellen Rückhalt oder offizielles Mandat.

Dabei hatte er ganz anders begonnen. Mit seiner politischen Karriere war Gore weitgehend dem Weg seines Vaters gefolgt, der wie er Senator war. Leidenschaft, Kämpfen waren nie seine Stärken gewesen. In der ersten Zeit nach dem Debakel und dem, wie es schien, unausweichlichen Ende seiner politischen Karriere, suchte er vergeblich nach einem neuen Engagement, das den Rest seines Lebens ausfüllen würde. Er unterrichtete Journalismus, übernahm einen Posten bei einer Investmentbank, wurde Aufsichtsratsmitglied bei Apple, gründete einen Fernsehsender. Für die meisten jedoch kehrte er erst 2006 wieder zurück, nicht als der alte, immer etwas steife Politiker, sondern in einer neuen, paradoxen Doppelrolle: als Mahner und Moralist und als gelöster, befreit wirkender Mensch gleichermaßen. Gore hatte sich neu erfunden.

Schon jahrelang war er mit seiner „Diashow", die die katastrophalen Folgen des Klimawandels darstellte, auf der ganzen Welt aufgetreten. Doch erst Davis Guggenheims Film „Eine unbequeme Wahrheit", der teils eine Filmversion des Vortrags, teils biographischer Essay war, brachte Gore auf einen Schlag ins Gespräch. Nicht, wie gewohnt, als Loser, sondern als Star und Held im Kampf gegen Ignoranz und Profitgier. Amerikas Linke, der glaubwürdige Figuren bitter fehlen, hatte endlich ihren Mann gefunden. Dass Gore ursprünglich weder wirklich links war, noch sich groß um die Umwelt verdient gemacht hatte – geschenkt!

Gores offenbare Absicht, die eigene Anhängerschaft hinter dem Ofen ihrer Resignation hervorzulocken, ging auf. 200 000 unterschrieben eine Petition, die ihn zur Präsidentschaftskandidatur bewegen sollte. Doch Gore selbst zierte sich. Seitdem hat er in jedem Interview dasselbe gesagt: Er wolle nicht zurück in die Washingtoner Politik, als „Bürger", sprich als internationale Berühmtheit, könne er mehr bewirken. Sein Buch „Angriff auf die Wahrheit", eine ambitionierte Kritik an der Mediengesellschaft, lieferte die philosophisch und medienhistorisch fundierte Begründung nach. Und doch mischte sich bei vielen seiner Anhänger Unverständnis in die Enttäuschung, als die demokratischen Vorwahlen immer näher rückten, ohne dass Al Gore den, wie sie finden, wirklich entscheidenden Schritt machte: Sich erneut um die Präsidentschaft zu bemühen, um das verlorene Amerika wieder zu sich selbst zu bringen. *Jörg Häntzschel*

Unbequeme Wahrheiten in Oslo: Im Dezember erhielt Al Gore den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz gegen den Klimawandel. Foto: AFP

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de

Skepsis nach einer spektakulären Wende

Jüngsten Einschätzungen amerikanischer Geheimdienste zufolge hat Iran sein Atomwaffenprogramm gestoppt. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, wie gefährlich das Regime in Teheran ist

Von Nicolas Richter

Was gilt denn jetzt eigentlich? Ist Iran so gefährlich, dass der Dritte Weltkrieg bevorsteht, wie es US-Präsident George W. Bush im Oktober düster vermuten ließ? Oder soll man eher den amerikanischen Geheimdiensten glauben? Nach deren jüngster Einschätzung hat das iranische Regime sein Atomwaffenprogramm gestoppt, und zwar vor vier Jahren. In der langen Geschichte der Weltkonflikte jedenfalls war dies eine der spektakulärsten Wenden, und zunächst hinterließ die am 3. Dezember veröffentlichte Selbstkorrektur der US-Dienste in Washington das Gefühl, Bush habe sein Land – wieder ein-

Unter den Demokraten herrscht Konsens, dass der Westen Iran mit besseren Angeboten locken muss

mal – der Lächerlichkeit preisgegeben. Herr Präsident, fragten Reporter, ist es nicht beunruhigend, dass Amerika sich in seinen Feinden abermals so geirrt hat?

Bush und seine europäischen Verbündeten versuchten zunächst, die neuesten Erkenntnisse als Bestätigung ihrer Politik zu interpretieren. Die Agenten bekräftigten, dass Iran bis 2003 an einer Atomwaffe gebastelt habe, nur unter dem Druck der Welt sei es zu der Einsicht gelangt, das Projekt aufzugeben. Als Bush diese Argumente vor dem Washingtoner Pressekorps ausbreitete, blieb große Skepsis im Raum. Wie sich herausstellte, waren dem Weißen Haus die neuesten Iran-Erkenntnisse längst bekannt, als der Präsident im Oktober noch vom Dritten Weltkrieg schwadronierte. Bush hatte wieder eine Gefahr aufgeblasen – wie jene im Irak, wo die US-Armee ja Massenvernichtungswaffen beseitigen sollte.

Für das Jahr 2008 steht nunmehr mit einiger Sicherheit fest, dass die USA Iran nicht angreifen werden. Die letzten Falken um Vizepräsident Dick Cheney hatten noch versucht, einen solchen Angriff als wahrscheinlich darzustellen, spätestens jetzt aber hat sich dieser irre Traum erledigt. Klar ist auch, dass sich der UN-Sicherheitsrat vorerst nicht auf neue Sanktionen gegen Iran wird einigen können. Bis zum 3. Dezember sah es noch danach aus, als stehe die dritte Sanktionsrunde unmittelbar bevor. Denn die schleppende Kooperation Irans mit den UN im Atomstreit hatte sogar befreundete Mächte wie Russland und China frustriert. Inzwischen sind die Chinesen der Meinung, das amerikanische Geheimdienstpapier habe eine ganz neue Situation geschaffen.

Unbeantwortet bleibt indes die Frage, wie gefährlich Iran wirklich ist und was der Sicherheitsrat jetzt tun kann, um die Krise zu lösen. Die Advokaten maximaler Härte gegenüber Teheran jedenfalls sind der Meinung, die US-Dienste hätten die iranische Gefahr grob fahrlässig unterschätzt. Dafür spricht, dass das Regime noch immer Uran anreichert. Selbst Iran-Freunde wie die Russen sehen in diesem aufwendigen Verfahren keinen wirtschaftlichen Sinn: Denn den Brennstoff für den iranischen Atommeiler in Buschehr liefern die Russen selbst. Da Iran das niedrig angereicherte Uran hortet, könnte dies schnell bis zur Bombentauglichkeit verdichtet werden. Und weil das Regime – für jedermann sichtbar – auch Trägerraketen entwickelt, fehlt für die Atomwaffe nur noch der Sprengkopf. Iran mag sich die Option offenhalten, ihn eines Tages herzustellen, oder es arbeitet längst daran, ohne dass es die Amerikaner gemerkt haben. Wenn es diese schleichende atomare Aufrüstung tatsächlich gibt, dann haben die US-Dienste dem Teheraner Regime in der Tat einen enormen Gefallen getan: Iran könnte in aller Ruhe aufrüsten, nachdem der westliche Druck mit einem Mal entwichen ist.

Doch die neue Lage bietet auch Chancen. Die Amerikaner erkennen womöglich deutlicher, dass die Mächtigen in Teheran kühl kalkulieren, statt die atomare Apokalypse herbeizusehnen. Iran ist seit einem Vierteljahrhundert Erzfeind der Amerikaner, und so lange der Konflikt dauert, so überfrachtet ist er mit Vorurteilen, Emotionen und Symbolen, die die Diplomatie erdrücken. So kam es zum Beispiel zur Festlegung, dass Washington nur dann mit Iran über die Atomfrage verhandelt, wenn Iran dieses Atomprogramm stoppt – was das Verhandlungsergebnis freilich vorwegnähme. Formell können sich die Amerikaner und mit ihnen der Sicherheitsrat darauf berufen, dass neue Sanktionen geboten sind, weil Iran noch nicht alle offenen Fragen zu seinem Atomprojekt beantwortet hat und der Forderung trotzt, die Uranzentrifugen zu stoppen. Aber nach der neuesten Geheimdienstanalyse ist es erst recht schwierig, eine unmittelbare Bedrohung auszumachen, die diese härteren Strafen rechtfertigt. Russland und China werden künftig jedenfalls noch mehr bremsen.

In den USA herrscht daher unter den Demokraten schon länger Konsens, dass der Westen Iran mit besseren Angeboten locken muss. Das erste bestünde darin, sich möglichst bald an einen Tisch zu setzen. Es ist die Idee vom *grand bargain*, vom großen Kompromiss, der Iran wirtschaftlich, technologisch und sicherheitspolitisch einbinden würde. Iran zu umarmen, ist im Westen der Lösungsvorschlag jener, die nicht glauben, dass sich diese Regionalmacht irgendetwas aufzwingen lässt. Die Idee hat ihren Reiz, und es war ein großes Versäumnis der Regierung Bush, dies nicht versucht zu haben.

Mit einigem Recht aber wenden die Skeptiker ein: Iran hat nicht den kleinsten Hinweis dafür gegeben, selbst an einem solchen Ausgleich interessiert zu sein. Mit unendlicher Geduld hat Europas Unterhändler Javier Solana versucht, bei den Iranern Spuren von Kompromissbereitschaft zu finden. Es ist ihm nicht gelungen, und bei seinem jüngsten Treffen mit dem Kollegen aus Teheran wurde ihm von dem Iraner in einem arroganten Monolog bedeutet, dass seine Regierung im Recht sei. Kein Wunder, dass es dem Westen schwerfällt, Iran zu trauen und das Regime umarmen zu wollen. Immerhin: 2009 ist Präsidentenwahl in Iran. Vielleicht haben die Pragmatiker dort wieder mehr zu sagen. In Washington auf jeden Fall.

Präsident Mahmud Ahmadinedschad betont bei einer Rede aus Anlass des 18. Todestages des iranischen Revolutionsführers Ajatollah Ruhollah Chomeini am 3. Juni 2007 die Unerschrockenheit Irans gegenüber dem Westen. Foto: AFP

Die neue deutsche Wertediplomatie

Angela Merkel empfängt den Dalai Lama und findet klare Worte beim Thema Menschenrechte, aber so richtig schlüssig will diese moralisch fundierte Außenpolitik nicht erscheinen

Der 23. September war ein Sonntag, ein insofern bewusst gewähltes Datum im Terminkalender der Bundeskanzlerin, weil am Sonntag wenige Journalisten arbeiten in der Hauptstadt und ein Termin bei Deutschlands Regierungschefin allemal privater wirkt. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt, weil Angela Merkel den wichtigsten Termin des Tages in New York zu verbringen gedachte – ein Abendessen mit anderen Staats- und Regierungschefs, zu dem sie gleich nach dem kurzen Treffen im Bundeskanzleramt mit dem Airbus der Luftwaffe aufbrach.

Doch zuvor noch das Treffen, eine kurze Begegnung, fast nur ein Fototermin, aber der vielleicht wichtigste im außenpolitischen Kalender der Kanzlerin zur Mitte ihrer ersten Legislaturperiode. Jenes Foto, die Aufnahme von Angela Merkel mit dem Dalai Lama, symbolisierte einen Schwenk hin zu dem, was sie später im Kanzleramt „werteorientierte Außenpolitik" nennen sollten. Es zwang darüber hinaus die Deutschen, über ihre Wirkmächtigkeit in der Welt nachzudenken. Das tat man bisher nicht so gern im Land.

Das Gespräch mit dem Dalai Lama war kurz und herzlich. Ihm vorausgegangen waren mehrere Unterrichtungen des chinesischen Botschafters, Warnungen sozusagen. Gewarnt hatte außerdem das Außenministerium vor dem Treffen, und selbst im Kanzleramt soll es enge Berater gegeben haben, die meinten, die Geste sei gefährlich. Aber Angela Merkel stellte kühl fest, dass vom österreichischen Regierungschef bis zum amerikanischen Präsidenten nahezu jeder respektable Demokrat den Dalai Lama, das geistige Oberhaupt der Tibeter, in seinem Amtssitz empfangen habe. Deswegen werde auch sie nicht mehr in die CDU-Zentrale ausweichen, um diesen symbolischen Akt zu vollziehen.

Die Reaktionen waren für deutsche außenpolitische Verhältnisse geradezu dramatisch. Die chinesische Regierung tobte, schließlich war Merkel nur drei Wochen zuvor in Peking gewesen und hatte dabei offenbar nichts von dem Vorhaben erzählt. Vielleicht hatte auch der Botschafter nicht in die Heimat berichtet, dass er unterrichtet worden war. Jedenfalls wurde das Treffen als massive Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden, denn der Dalai Lama wird in Peking als Anstifter einer separatistischen Bewegung gesehen, deren Vorbild für den Zusammenhalt und damit den Bestand Chinas eine Gefahr darstelle.

Der Donnerhall wurde auch dadurch verstärkt, dass die Bundesregierung über die Klugheit der Geste sichtlich unterschiedlicher Meinung war. Erstaunlicherweise waren es die SPD und das von ihr geführte Auswärtige Amt, die den Affront gerne vermieden hätten. Die SPD nicht auf der Seite der Unterdrückten und der Minderheiten? Irgendwas ging nicht mehr zusammen im traditionellen Wertekanon der Republik.

Die chinesische Regierung nutzte den offenen Dissens und goss Öl nach: Termine bis hinauf auf die Ebene der Außenminister wurden abgesagt, Dialogforen gestrichen, die deutschen Industrieverbände klapperten öffentlich mit den Zähnen vor Angst. Deutschland hatte eine unange-

Eine Knecht-Ruprecht-Aktion der Bundeskanzlerin in Moralpolitik

nehme außenpolitische Position gewählt, moralisch begründet – das gab es bisher selten.

Man sagt, wenn Bündnisse oder Staaten schwach sind und keine machtpolitischen Druckmittel besitzen, dann greifen sie gerne auf die Moral zurück. Das macht sie zumindest nach innen stark. Starke Staaten indes kennen untereinander keinen Moralkodex – wer sollte ihn auch aufstellen, wer spielt den Schiedsrichter? Staaten kennen nur Stärken und Schwächen. Das oberste Gebot in den internationalen Beziehungen heißt allemal: Sicherheit für das eigene Land. Sicherheit kommt durch Macht, und Macht sichert den Selbsterhalt. Jeder Realpolitiker weiß aus bitterer Erfahrung, dass die Moral als erstes geopfert wird, wenn in historisch schweren Zeiten der Druck von außen nur groß genug ist. Deutschland lebt nicht in historisch schweren Zeiten.

Insofern war es eine interessante Übung, die Angela Merkel absolvierte. Ein Schwenk weg von der außenpolitischen Tradition, die sich moralische Elemente höchstens erlaubte in der milden Dosierung eines wohlfeilen Multilateralismus. Wenn schon Moral, dann nur in den Vereinten Nationen oder über die EU.

Nun aber wurde plötzlich China öffentlich gemaßregelt. Mit Sorge wurden die antidemokratischen Tendenzen in Russland kommentiert. Deutschland war auch dabei im Sanktionsgetümmel gegen die Autokraten in Iran – weil es das geheime Atomprogramm fürchtete, aber auch weil die totalitären Tendenzen in Teheran Sorge bereiteten.

Allein: So richtig schlüssig wollte diese neue, moralisch fundierte Außenpolitik nicht erscheinen. Wirklich begründet wurde sie auch nie. Die Kanzlerin legte lediglich Wert darauf, auf jeder ihrer Reisen einen wichtigen Termin mit den Unterdrückten oder Entrechteten zu arrangieren. In Washington sprach sie als erstes das US-Lager Guantanamo auf Kuba an. Und als die EU-Regierungschefs im Dezember die politischen Führer Afrikas zu Gast hatten, da wurde Merkel ausgeguckt, um dem Diktator aus Simbabwe die Leviten zu lesen. Eine Knecht-Ruprecht-Aktion in Moralpolitik. Robert Mugabe freilich war schwach – eine furiose Reaktion wie von den Chinesen war nicht zu erwarten.

Also blieb sie seltsam unerfüllt, die neue deutsche Wertediplomatie. Zwar geriet sie nicht so widersprüchlich wie die Außenpolitik des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der an einem Tag das moralische Banner trug, am nächsten Tag dann Rüstungsgeschäfte mit dem libyschen Wüstendiktator Gaddafi betrieb. Aber sie blieb unfundiert. Dabei hätte ein Blick nach Washington genügt, um zu lernen, wie sich die Katerstimmung am Morgen nach dem Moral-Rausch anfühlt.

Eine schwierige Sache ist das mit den hehren Ansprüchen von Demokratie und Menschenrechten im Geschäft zwischen souveränen Staaten. Moral ist eine feine Sache, aber wehe, man wird selbst an ihr gemessen, und wehe, wenn sie auch durchgesetzt werden soll. Fürs erste, so scheint's, muss es bei Sonntagsterminen bleiben. *Stefan Kornelius*

Besuch des Dalai Lama im Kanzleramt bei Angela Merkel: Seither ist die Pekinger Regierung verstimmt. Reuters

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de